

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

WEIMARER REPUBLIK

Von Ralf Höller
07.04.2019

Ein kurzer Frühling

In München gab es im April 1919 gleich zwei Räterepubliken. Das sozialistische Experiment wurde gewaltsam beendet



Robert Sennecke/Wikimedia Commons

Stand am Anfang der bayerischen Revolution: der Begründer der bayerischen Republik, Ministerpräsident Kurt Eisner (22. November 1918 in Berlin)

Ralf Höller ist Historiker und Journalist. Von ihm erschien zuletzt in der Edition Tiamat: »Das Wintermärchen. Schriftsteller erzählen die Bayerische Revolution und Räterepublik 1918/19 (Berlin 2017).

Am Morgen des 7. April 1919 kauft Josef Hofmiller die *Münchner Neuesten Nachrichten*. Das linksliberale Blatt ist keine Zeitung für einen Erzkonservativen wie ihn. Doch an seiner Schule ist der Unterricht ausgefallen, wegen »Nationalfeiertag«. Vielleicht wissen die Soziredakteure ja, was dahinter steckt? Hofmiller staunt nicht schlecht, als er erfährt, dass Bayern eine Räterepublik und der Landtag aufgelöst ist.

Wie in Russland und Ungarn, liest Hofmiller weiter, halte das werktätige Volk seine Geschicke erstmals in den eigenen Händen. Die revolutionären Arbeiter und Bauern und ihre Brüder, die Soldaten, hätten ihre Parteigegensätze überwunden, Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende gefunden. Gerech und solidarisch soll es künftig zugehen, Betriebe würden sozialisiert. Der Aufruf ist, mit Datum vom Vortag, von einem revolutionären Zentralrat unterzeichnet. Dieser hat nicht nur den alten Zentralrat ersetzt, sondern auch das

Kabinett des seit dem 17. März vom bayerischen Landtag gewählten Ministerpräsidenten Johannes Hoffmanns verdrängt. Warum nur, fragt sich Hofmiller, wurde der Termin nicht um eine Woche vorverlegt? »Ich hätte«, schreibt er in sein Tagebuch, »den 1. April passender gefunden.«

Vereinigte Staaten von Deutschland

Bayern war das erste Land im Deutschen Reich, das seinen Monarchen davonjagte. Am 8. November 1918 verkündete der neue Ministerpräsident Kurt Eisner: »Bayern ist fortan ein Freistaat.« Neun Tage später, auf der Revolutionsfeier im Münchner Nationaltheater, präzisierte er seine politischen Vorstellungen: »Wir verstehen unter Demokratie nicht, dass alle paar Jahre alle Bürger das Wahlrecht ausüben und die Welt regieren mit neuen Ministern und neuem Parlament. Wir, die wir eine neue Form der Revolution gefunden haben, wir versuchen auch eine neue Form der Demokratie zu entwickeln.«

Wie sah sie aus, diese »neue Form der Demokratie«? Eisner gehörte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP, auf Reichsebene: USPD) an, deren Mitglieder die den Krieg hinnehmende SPD verlassen hatten. Ihm ging es vor allem darum, möglichst viele Menschen aktiv am Aufbau des neuen Systems zu beteiligen. Eisner schwebte vor, Staat und Gesellschaft von unten nach oben zu revolutionieren. Dem wilhelminischen Staatsgedanken und dem preußischen Zentralismus wollte er ein föderatives Regierungssystem mit starken Bundesländern entgegensetzen, ähnlich wie in den USA. So verwendete er auch den Begriff der »Vereinigten Staaten von Deutschland«.

Für Eisner war der Parlamentarismus mit seinem Mehrparteiensystem kein Allheilmittel. Vor allem vermisste er eine Kontrollinstanz, die Berufspolitiker zügeln und allzu selbstherrliches Regieren unmöglich machen sollte. Ein solches Korrektiv sah er in den Räten. Deren Funktion sollte es sein, »durch geistige Durchdringung der Massen, durch die Erziehung der Massen jedes reaktionäre Regiment künftig unmöglich zu machen«.

Wie ernst Eisner den Erziehungsgedanken nahm, bewies die Gründung gleich zweier Räte geistiger Arbeiter. Der erste, vom Nationalökonom Lujo Brentano initiiert und aus Professoren, Lehrern, Ärzten und Wissenschaftlern bestehend, verstand sich als Wahrer ständischer Interessen und währte sich im Gegensatz zu Eisner. Die »Kulturinteressen des Landes«, drückte es der Münchner Historiker Siegmund Hellmann aus, dürften nicht »dem Unverstand wissenschaftlicher Analphabeten« überlassen werden. Dagegen war der »Politische Rat geistiger Arbeiter« auf der Linie des Ministerpräsidenten. Geleitet von Heinrich Mann, hatte er sich auf die Fahnen geschrieben, vor den ökonomischen und sozialen Umgestaltungen das Denken zu revolutionieren. Die Intellektuellen appellierten an wohlhabende Bildungsbürger, auf Privilegien zu verzichten, materielle Pfründe zu vergesellschaften und ihr Herrschaftswissen mit den Arbeitern zu teilen. Am Ende zogen in den provisorischen Nationalrat fünf Mitglieder von Brentanos und nur ein einziges von Manns Organisation ein.

Erich Mühsam, Ernst Toller und Gustav Landauer, die sich sehr früh in der Revolution engagiert hatten und führende Positionen in verschiedenen, teils nebeneinander existierenden Rätegremien innehatten, war Eisners Politik zu lau. Mühsam stand dem Revolutionären Arbeiterrat vor, Münchens mächtigster Räteorganisation. Toller war Zweiter Vorsitzender des Vollzugsrats, der sämtliche Arbeiterräte Bayerns unter einem Dach vereinte. Landauer übernahm später im April 1919 das Amt des Beauftragten für Volksaufklärung und Erziehung.

Da war Eisner bereits den Schüssen des rechtsextremen Attentäters Graf Arco zum Opfer gefallen, das Kabinett Hoffmanns nach Bamberg geflohen und die vakante Regierung in München von den Räten übernommen. Nicht immer ging es professionell zu, zahlreiche Anekdoten geben davon Zeugnis – etwa wie Mühsam zum Verzicht auf das Außenministerium gedrängt wurde und Franz Lipp, der an seine Stelle trat, nach nur wenigen

Stunden und einer beabsichtigten Kriegserklärung ausgerechnet an die neutrale Schweiz in eine Anstalt eingeliefert werden musste.

Sozialisierungen

Ernsthafte Politik wurde auch betrieben. Nach der Vergesellschaftung der Banken durften, um eine Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern, nur noch 100 Mark auf einmal vom Konto abgeboben werden. Freie und freierwerbende Wohnungen mussten der Gemeinde gemeldet werden, jede private Vermittlung war verboten. Die Belegung war Sache der Kommune. Zugeteilt wurde nach Bedürfnissen: Familien vor Ledigen, Kinderreiche vor Kinderlosen, Kranke und Versehrte vor Gesunden. Pro Person rechnete man ein Zimmer; standen mehr zur Verfügung, wurden Bedürftige einquartiert. Schlüsselindustrien wie Bergbau, Energiegewinnung und Rüstungsproduktion sollten verstaatlicht werden. Andere Unternehmen wurden ebenfalls sozialisiert, neben den Banken auch Sparkassen und Warenhäuser. Der Betrieb lief weiter wie bislang, unter der Leitung der Beschäftigten und der Aufsicht eines Zentralwirtschaftsamts. Von der Überführung in gesellschaftliches Eigentum teilweise ausgenommen waren Handel, Handwerk und Landwirtschaft, ebenso kleine Betriebe und Läden sowie alle Höfe unter tausend Tagwerk (1 Tagwerk = 3.407 m²). Behörden sollten umstrukturiert, Beamtentitel abgeschafft, Amtsleitern Betriebsräte zur Seite gestellt, überflüssige Stellen eingespart und ihre Inhaber in den Ruhestand versetzt werden, unter Beibehaltung der Bezüge.

Leiter des Zentralwirtschaftsamts war ein Sozialdemokrat. Otto Neurath wollte nicht nur die Planwirtschaft einführen, sondern die komplette industrielle und agrarische Produktion auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse abstimmen, so dass dem einzelnen ausreichend Wohnraum, Nahrung, Kleidung und Bildung zur Verfügung standen. Auch kulturelle und sonstige Vergnügungen soll sich jeder leisten können. Neuraths Ziel war, ganz im Sinne Jeremy Benthams, möglichst viele Menschen glücklich und zufrieden zu machen.

Dem Anarchisten Mühsam war der Sozialdemokrat Neurath nicht geheuer. Noch suspekter schien ihm, dass trotz (oder wegen?) der maroden Wirtschaft, die fast auf Kriegsniveau zurückgefallen war – die Versorgung mit Kohle und Nahrungsmitteln stockte, Lebensmittelkarten gehörten wieder zum Alltag –, Neurath nicht nur bei Sozialdemokraten und Unabhängigen auf Sympathie stieß. Auch Liberale wie Walther Rathenau oder ein stockkonservativer Sebastian Schlittenbauer von der Bayerischen Volkspartei konnten sich für Neuraths Programm erwärmen. Mühsam dagegen wollte zunächst das politische und erst danach das wirtschaftliche System ändern.

Als Volksbeauftragter der Finanzen wurde Silvio Gesell berufen. Gesell wollte das Geld als Wert herabsetzen, zumindest aber seiner Bedeutung als Wertbestimmung aller Werte entheben und es statt dessen für Investitionen nutzen. Gesells Methode war simpel. Banken sollten keine Zinsen mehr nehmen. Auch sollte nicht vom Eigentümer bewirtschaftetes Land weder Miete noch Pacht abwerfen. Auf Bankeinlagen wollte Gesell negative Zinsen erheben und privaten Grundbesitz in genossenschaftlichen umwandeln.

Der für die Erziehung zuständige Volksbeauftragte Gustav Landauer strebte, ganz im Sinne des ermordeten Eisner, eine Bewusstseinsänderung der Bevölkerung an. Möglichst breite Volksschichten sollten Zugang zu Bildung aller Art erhalten, auch akademischer. Ein Hochschulrat sollte Lehraufträge vergeben und für den Inhalt der Vorlesungen und Seminare verantwortlich sein. Rechtsextreme Professoren und Studenten sollten von sämtlichen Veranstaltungen ausgeschlossen werden.

Weil er den überwiegend konservativen bis reaktionären Medien nicht traute, hielt Landauer eine Pressezensur für notwendig. Dafür zuständig war Ret Marut, der eine anarchistische Zeitschrift, den *Ziegelbrenner*, herausgab. Marut (der später im Exil unter dem Namen [B. Traven](#) als Schriftsteller weltberühmt wurde) schrieb von der »Hure« Presse und von den Verlegern als »Zuhältern«. Gegensteuern wollte er mit gerechter Bezahlung der Journalisten

und Festanstellung der Herausgeber. Überschüsse aus der Werbung flossen in einen Topf, aus dem bedürftige Blätter gefördert wurden. Journalisten sollten in ihrem Beruf ihre Berufung wiederentdecken, völlig unabhängig von Verlegern und einzig einer kritischen Leserschaft verpflichtet.



picture-alliance / akg-images

Einen ersten Versuch, die Räterepublik militärisch zu zerschlagen, konnte die eilig gebildete Rote Armee am 15. April 1919 vereiteln. Gegen die 40.000 Reichwehrsoldaten und Freikorpsangehörigen hatte die Arbeiterwehr aber keine Chance (Barrikade am Gärtnerplatz, o. D.)

Die am 7. April 1919 ausgerufenen »Räterepublik Bayern« währte nur kurz. In der Bilanz von Marxistischem anarchismischem Gesinnungsfreund Erich Mühsam »kam infolge der Verfahrenheit der Gesamtsituation trotz des guten Willens der Revolutionäre in der Regierung und obwohl die Arbeiterschaft Münchens zum weitaus größten Teil hinter der Räterepublik stand, in den sechs Tagen unserer Regierung sehr wenig Positives zustande«. Mühsam wurde im Zuge eines von Ministerpräsident Hoffmann aus seinem Bamberger Exil initiierten Gegenschlags eine Woche vor Ostern verhaftet und mit anderen Mitgliedern der Räteregierung in die Festung Ebrach verschleppt. Dort mussten alle das Ende der Revolution abwarten.

Zweite Etappe

Doch das war noch nicht das Ende der Räterepublik. Jetzt traten die Kommunisten auf den Plan. Bislang hatten sie sich aus der Regierung ferngehalten, die in ihren Augen allenfalls eine »Scheinräterepublik« war. Was sollten sie von einem System halten, in dem ihre Partei nicht, wie in Sowjetrußland oder Sowjetungarn, die Schlüsselpositionen innehatte? In der ein zentralistisch denkender Wirtschaftsamtseiter mit einem anarchistischen Finanzminister konkurrierte? Und in der »Verräter des Proletariats«, nämlich Mitglieder der Mehrheitssozialdemokratie, zum Teil das Sagen hatten? Tatsächlich stand anfangs mit Ernst Niekisch ein SPD-Mitglied an der Spitze des Revolutionären Zentralrats, bis dieser nach drei Tagen von Ernst Toller (USP) abgelöst wurde.

Erst der stümperhaft ausgeführte und kläglich gescheiterte Palmsonntagsputsch Hoffmanns führte zu einem Meinungsumschwung bei den Kommunisten, wenn auch nur bei den bayerischen Genossen. Aus Berlin lautete weiterhin die Direktive, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Für ein solches Unternehmen sei es zu früh und die Bevölkerung nicht reif, hieß es in der Zentrale. Dessen ungeachtet beschlossen Max Levien und Eugen Leviné, in Bayern aus dem gescheiterten Projekt der Anarchisten und unabhängigen Sozialisten eine echte Räterepublik zu machen.

Levien und Leviné konnten sich auf die Münchner Arbeiter- und Soldatenräte stützen, die nun unter der Bezeichnung Betriebs- und Kasernenräte fungierten. Würde das reichen? Im Fall eines Scheiterns weiterer Befreiungsschläge lag es nahe, dass Ministerpräsident

Hoffmann, auch wenn er eine bayerische Lösung bevorzugte, um Unterstützung bei seinen Parteifreunden in Berlin ersuchen würde. »Ich fürchte, wir sind verloren, so oder so«, gestand Leviné auf einer Versammlung der Betriebs- und Kasernenräte ein. Gleichzeitig signalisierte er, auf keinen Fall klein beizugeben: »Es gilt nur, in Ehren unterzugehen.« Ein Platz in der Geschichte, das war alles, was die bayerischen Kommunisten noch erreichen konnten – als leuchtendes Beispiel einer Utopie im Ansatz.

Gegen die zu erwartende militärische Intervention, ob sie nun von Bamberg oder von Berlin aus gestartet wurde, sollte zur Verteidigung eine Rote Armee aufgebaut werden. Deren Oberbefehl lag bei dem KPD-Mitglied Rudolf Egelhofer, einem gebürtigen Münchner aus dem Stadtteil Schwabing. Der hatte sich im Krieg zur Marine gemeldet und beim Wilhelmshavener Matrosenaufstand in vorderster Reihe gestanden.

Viel Zeit blieb der zweiten Räterepublik nicht mehr. Mitte April rückte ein rasch zusammengewürfeltes Heer aus demobilisierten Soldaten und bayerischen Reservisten bis Dachau vor. München war akut bedroht, doch nun setzte hartnäckiger Widerstand ein. Es war die erste Bewährungsprobe der Roten Armee. Wider Erwarten wurde sie bestanden. Die Angreifer, nicht besonders motiviert und häufig auch unwillig, auf bayerische Arbeiter zu schießen, mussten sich bis hinter die Donau zurückziehen.

Auf verlorenem Posten

Johannes Hoffmann hatte eine peinliche Niederlage erlitten. Bald kam der Gesichtsverlust hinzu. Gegen seine eigentliche Überzeugung rang er sich einen Hilferuf nach Berlin ab. Reichspräsident Friedrich Ebert, der noch im November das Kaiserreich lieber reformiert als gestürzt hätte und dem zu Revolutionen nur einfiel, er »hasse sie wie die Sünde«, nutzte die Chance. Im SPD-Parteikollegen Gustav Noske, Minister und Befehlshaber der vorläufigen Reichswehr, fand er einen willigen Vollstrecker. In den letzten Apriltagen marschierten an die 40.000 reguläre Truppen und Angehörige rechtsgerichteter Freikorps auf München, darunter die berühmte Einheit des Obersten Franz Ritter von Epp, dessen Mitwirkung sich Hoffmann ausdrücklich verboten hatte. Gegen die Weißen stand die Rote Armee, die ebenfalls über ein fünfstelliges, allerdings schlecht ausgerüstetes Kontingent verfügte, auf verlorenem Posten. Egelhofer, der Verteidiger Münchens, hatte inzwischen die Macht übernommen, da die Räteregierung bereits in Auflösung begriffen war.

Am Morgen des 1. Mai, um zwanzig nach zehn, erblickt Josef Hofmiller seinen ersten Weißgardisten. Zunächst kommt er ganz allein die Kirchenstraße hoch, die sich durch Haidhausen zieht. Rasch drängt es die Bewohner aus Häusern und Hinterhöfen ins Freie. Jubelnd laufen sie dem Soldaten hinterher: »Alles ruft ›Hoch!‹, ›Bravo!‹, die Leute winken mit den Tüchern, alles sieht aus den Fenstern, applaudiert, die Begeisterung könnte nicht größer sein, wenn eine siegreiche Armee einzöge.« Bald war es tatsächlich soweit, doch so friedlich wie in Hofmillers Straße sollte es anderswo nicht zugehen.

In der ersten Woche nach dem Einmarsch der Weißen wurden im gesamten Münchner Stadtbezirk 557 Menschen getötet. 145 Soldaten fielen im Gefecht (38 Weißgardisten, 107 Rotarmisten), 186 an den Kämpfen Beteiligte wurden nach Standrechtverfahren hingerichtet, 226 Anhänger der Räterepublik in den ersten Tagen nach Einnahme der Landeshauptstadt ohne Gerichtsverfahren erschossen, die meisten von Angehörigen der Freikorps. Das ist die amtliche Statistik. Die tatsächliche Opferzahl, auch im Münchner Umland, dürfte weit höher liegen.

Zu den Opfern zählte auch Gustav Landauer. Von württembergischen Offizieren wurde er im Haus der Witwe Eisners verhaftet. Dort war er diskret einquartiert worden, was ihm wenig nutzte, denn ein Nachbar denunzierte ihn. Nach kurzer Unterbringung im Amtsgericht Starnberg landete der ehemalige Volksbeauftragte am 2. Mai im Gefängnis Stadelheim. Dort wurde er keineswegs, wie die rechte Propaganda später weismachen wollte, von einem aufgebracht Mob gelyncht. In Stadelheim waren nur Soldaten und Wachmannschaften

anwesend. Ein ehemaliger Major in Zivil und Anführer eines weißgardistischen Freiwilligentrupps, Maximilian Freiherr von Gagern, schlug Landauer mit dem Stiel seiner Reitpeitsche ins Gesicht. Es war der Auftakt einer ganzen Reihe von Misshandlungen. Schon wenige Stunden nach seiner Einlieferung lebte Landauer nicht mehr. Drei Schüsse in Kopf und Herz, von denen jeder einzelne tödlich war, wurden auf ihn abgegeben. Eine der Kugeln stammte aus einer Armeepistole. Es war also mindestens ein weiterer Offizier an Landauers Ermordung beteiligt.

Egelhofer wurde im Innenhof der Residenz getötet, mit einem Kopfschuss, ebenfalls ohne Gerichtsverfahren. Toller konnte fliehen und wurde erst Wochen später gefasst. Levien gelang es, sich nach Österreich abzusetzen. Leviné versteckte sich zunächst, wurde denunziert, verhaftet und kam wie Landauer nach Stadelheim. Wenigstens erhielt er ein reguläres Verfahren mit vollständiger Anklage, Beweisaufnahme, Zeugen und Anwälten. Über den Ausgang machte er sich keinerlei Illusion. Nach Verkündung des erwarteten Todesurteils regte sich auch internationaler Protest: Albert Einstein, der einflussreiche Publizist Maximilian Harden, der USPD-Vorsitzende Hugo Haase und sogar Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann telegrafierte nach Bamberg, um eine Begnadigung zu erwirken. Ministerpräsident Hoffmann lehnte ab. So endete Levinés Leben vor einem Erschießungskommando. »Wir haben alle versucht«, lautete sein lakonisches Resümee, »nach bestem Wissen und Gewissen unsere Pflicht zu tun gegenüber der Internationale, gegenüber der kommunistischen Weltrevolution«.

»Hauptstadt der Bewegung«

Danach gab es keine Todesurteile mehr gegen Revolutionäre. Mühsam, Toller und auch Niekisch kamen mit mehrjähriger Festungshaft davon. Ein dreiviertel Jahr noch hielt sich Hoffmann im Amt, obwohl es weitere Demütigungen gab. Seinen Intimfeind Epp, stets von Noske protegirt und hofiert, musste er ganz offiziell zum Befehlshaber des neuen bayerischen Reichswehrgruppenkommandos ernennen. Als Ende August die Regierung wieder nach München zog, war Oberstleutnant Adolf Herrgott, der dem Eppschen Freikorps angehörte, dort Stadtkommandant. Ihm zur Seite als Stabschef stand Ernst Röhm, die politische Polizei leitete Wilhelm Frick, beide später hochrangige Mitglieder der NSDAP. Neuer Polizeipräsident wurde Ernst Pöhner, einer der Anführer des Hitlerputschs. Doch alles Krötenschlucken half am Ende nicht. Mitte März 1920 scheiterte der Kapp-Putsch im Reich, in Bayern war er erfolgreich, unter dem reaktionären Gustav Ritter von Kahr. Bald wurde Bayern zur »Ordnungszelle« und München zur »Hauptstadt der Bewegung«.

Nach dem Fall der Räterepublik kommentiert Josef Hofmiller, in einer Mischung aus Freude und Mitleid, auch den Fall der Sozialdemokratie. Seine Analyse kommt mit zwei Sätzen aus und klingt heute noch merkwürdig aktuell: »Sie«, Hofmiller meint die SPD, »trägt auf zwei Achseln, will die Unabhängigen und ihre eigenen Anhänger zufriedenstellen, die einen nicht vor den Kopf stoßen und die anderen nicht scheu machen, die einen bei der Stange halten, die anderen zur Stange zurücklocken, den einen nicht wohl, den anderen nicht weh tun, sie will und will nicht, sie will nicht anstoßen und stößt doch fortwährend an, bei aller Welt. Sie ist richtig deutsch: mit aller Welt gutstehen wollen, es mit keinem Menschen verderben wollen und gerade dadurch es mit aller Welt verderben.«